Zoom

31. August 2026

Handlungsfähig in unsicherer Weltlage

Unter Druck: Sicherheit, Neutralität und der Wirtschaftsstandort

Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich die sicherheitspolitische Lage in Europa fundamental verändert. Sicherheit wird wieder zu einer wirtschaftspolitischen Standortfrage. Wie spielen Neutralität, eigene Verteidigungsfähigkeit und internationale Kooperation in der Schweiz zusammen?

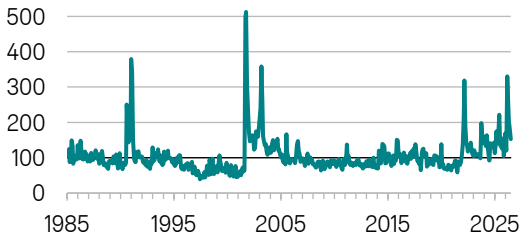
IHK St.Gallen Appenzell 1466

Neue sicherheitspolitische Realitäten

Wirtschaftliche Entwicklung braucht Sicherheit. Unternehmen sind auf funktionierende Infrastrukturen, stabile Lieferketten sowie verlässliche internationale Beziehungen angewiesen. Wachsende Unsicherheit erhöht die Kosten, erschwert langfristige Investitionsentscheide und schwächt die Standortattraktivität. Sicherheitspolitik ist deshalb auch Wirtschaftspolitik.

Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich die sicherheitspolitische Lage in Europa grundlegend verändert. Auch die Schweiz bleibt von hybriden Bedrohungen wie Cyberangriffen, Spionage, Desinformation und möglichen Gefährdungen kritischer Infrastrukturen nicht verschont.[1] Das Umfeld von Schweizer Unternehmen wird dadurch zunehmend unsicherer. Der Geopolitische Risikoindex, der die Intensität geopolitischer Spannungen und Konfliktrisiken in der internationalen Berichterstattung misst, liegt aufgrund der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten auf dem höchsten Stand seit über 20 Jahren.

Abb. 1: Geopolitischer Risikoindex
Mittelwert 1985–2019 = 100



Quelle: Geopolitical Risk Index (GPR)

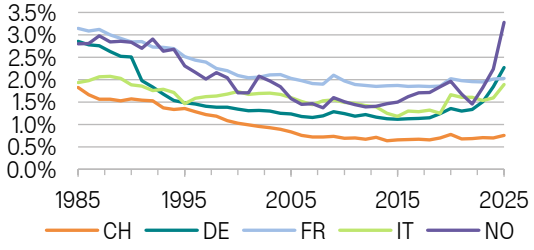
Das Ende der Friedensdividende

Nach dem Ende des Kalten Krieges reduzierten viele europäische Staaten ihre Verteidigungsausgaben und militärischen Fähigkeiten. Die dadurch freiwerdenden Mittel – die Friedensdividende – wurden für andere staatliche Aufgaben genutzt. Der Krieg in der Ukraine hat diese Entwicklung beendet. Konventionelle militärische Bedrohungen sind nach Europa zurückgekehrt, während zugleich hybride Risiken zugenommen haben. Die Rückkehr zu einer dem scharf gestiegenen Bedrohungsrisiko angepassten Verteidigungsfähigkeit steht noch aus.

2025 gaben die EU-Staaten zusammen 418 Milliarden Euro für Verteidigung aus, 2,2 Prozent ihres gemeinsamen Bruttoinlandprodukts (BIP). Für 2026 rechnet die Europäische Verteidigungsagentur mit einem Anstieg auf rund 454 Milliarden Euro beziehungsweise 2,4 Prozent des BIP.[2] Dies entspricht einem Plus von 75,3 Prozent seit dem Angriff auf die Ukraine. Die Nato beschloss, die verteidigungsrelevanten Ausgaben bis 2035 auf 5 Prozent des BIP zu steigern, davon 3,5 Prozent für Kernfähigkeiten der Streitkräfte und bis zu 1,5 Prozent für Resilienz, Infrastruktur und Innovation.[3]

Auch die Schweiz erhöht ihre Militärausgaben, allerdings von einem historisch tiefen Niveau aus. Gemessen am BIP haben sich die Verteidigungsausgaben seit dem Mauerfall halbiert. Ende der 80er-Jahre lagen sie noch bei rund 1,6 Prozent, 2025 bei 0,76 Prozent. In absoluten Zahlen stiegen die Ausgaben seit 2021 von 5,01 Milliarden Franken auf 6,31 Milliarden Franken, ein Plus von rund 26 Prozent.[4] Im europäischen Vergleich bleibt der Anteil am BIP damit tief. Bis 2032 soll er auf 1 Prozent steigen.[5]

Abb. 2: Entwicklung Militärausgaben Europa
Anteil in % zum Bruttoinlandprodukt (BIP)



Quelle: SIPRI

Als bündnisfreies Land muss die Schweiz im Ernstfall ihre Sicherheit weitgehend aus eigener Kraft gewährleisten. Diese Sonderstellung macht sie in der veränderten Bedrohungslage besonders verwundbar und fordert sie deshalb umso stärker, ihre sicherheitspolitischen Fähigkeiten neu zu beurteilen und weiterzuentwickeln.

[1] Nachrichtendienst des Bundes NDB (2026)
[2] European Defence Agency (2026)
[3] NATO (2025)
[4] SIPRI (2026)
[5] VBS (2026a)

Die strategische Antwort der Schweiz

Sicherheitspolitische Strategie 2026[6]

Der Bundesrat hat mit der Sicherheitspolitischen Strategie 2026 erstmals eine Dachstrategie erarbeitet, die auf die veränderte Bedrohungslage mit einem ganzheitlichen Sicherheitsverständnis reagiert.

- Sie verfolgt den Ansatz der «umfassenden Sicherheit»: zivile und militärische Mittel, Bund, Kantone, Wirtschaft und Wissenschaft sind gemeinsam gefordert
- Drei Stossrichtungen: Resilienz stärken, Schutz und Abwehr verbessern, Verteidigungsfähigkeit erhöhen

Ziel der Resilienz ist es, Verwundbarkeiten und kritische Abhängigkeiten möglichst frühzeitig zu reduzieren, um weniger Angriffsflächen zu bieten, etwa bei Energie, Lieferketten oder Cybersicherheit. Schutz und Abwehr richten sich demgegenüber auf jene Ereignisse, die sich nicht verhindern lassen, und sollen den Bevölkerungsschutz sowie die innere Sicherheit stärken. Die Verteidigungsfähigkeit schliesslich stützt sich auf eigenständige Fähigkeiten der Armee und auf die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern.

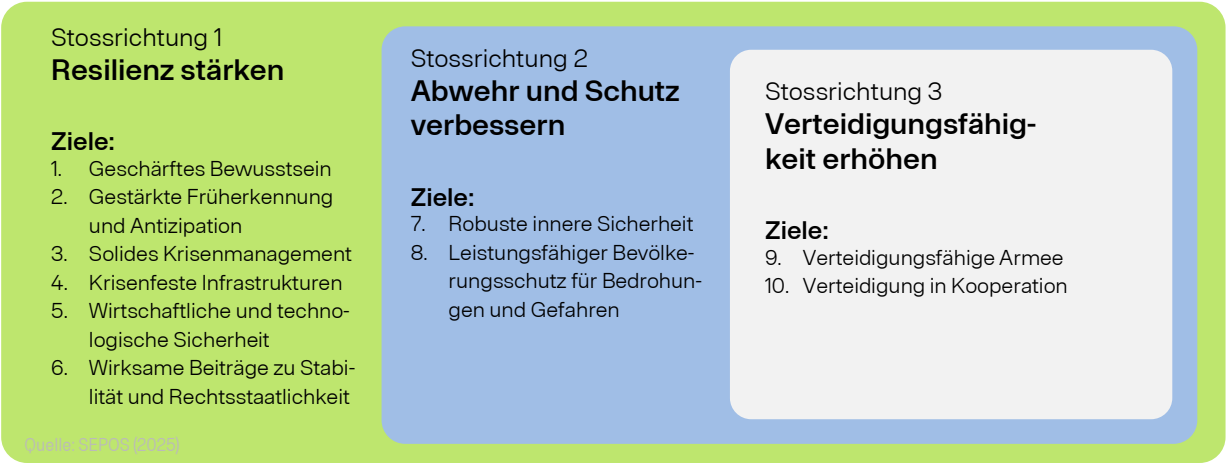
Rüstungspolitische Strategie 2025[7]

Die Rüstungspolitische Strategie definiert den industriepolitischen Rahmen für die Schweizer Rüstungsbeschaffung. Sie verfolgt fünf Ziele:

- Stärkung industrieller Kernfähigkeiten im Inland
- Höhere Beurteilungs- und Entwicklungsfähigkeit für neue Technologien
- Beitrag zur Sicherheit Europas nach der Formel «Geben und Nehmen»
- Höhere Zusammenarbeitsfähigkeit der Armee mit Nachbarstaaten
- Schnellere, kosteneffizientere Beschaffung

Für diese fünf Ziele definiert die Strategie insgesamt zehn konkrete Handlungsfelder, darunter der Zugang zu europäischen Rüstungskooperationsformaten. Heimische Industrie und internationale Zusammenarbeit werden dabei nicht als Gegensatz behandelt, sondern als Bedingung füreinander. Nur wenn die Schweiz selbst gefragte rüstungsrelevante Güter und Dienstleistungen anzubieten hat, werden andere Staaten bereit sein, mit ihr zu kooperieren. Die eigene Industriebasis ist damit keine Alternative zur internationalen Zusammenarbeit, sondern deren Voraussetzung.

Abb. 3: Sicherheitspolitische Strategie 2026



Quelle: SEPOS (2025)

[6] SEPOS (2025)

[7] armasuisse (2025a)

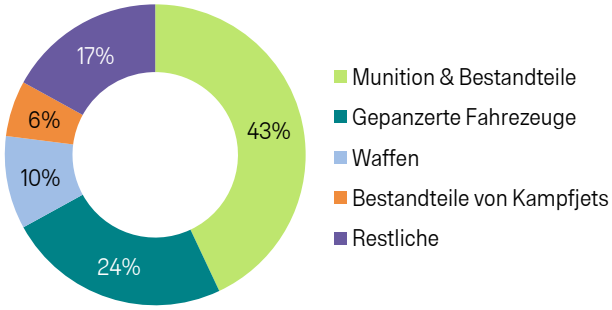
Einzelteile statt Gesamtsysteme

Die Wirtschaft erfüllt in der schweizerischen Sicherheitspolitik unterschiedliche Funktionen. Unternehmen betreiben kritische Infrastrukturen, gewährleisten Energie-, Daten- und Warenströme und verfügen über Technologien, Produktionskapazitäten und Fachkräfte, die für die Resilienz und Verteidigungsfähigkeit der Schweiz relevant sind. Die sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis (STIB) ist entsprechend wesentlich breiter als nur die eigentliche Rüstungs- und Dual-Use-Industrie.

Innerhalb dieser breiten Basis umfasst die verteidigungskritische industrielle Basis (VIB) jene industriellen Fähigkeiten, welche die Armee für ihre Einsatz- und Durchhaltefähigkeit benötigt. Dazu zählt nicht nur die Herstellung von Rüstungsgütern, sondern auch Entwicklung, Systemintegration, Wartung, Reparatur, Modernisierung und Ersatzteilversorgung. [8]

Die schweizerische VIB ist heute vor allem durch spezialisierte Zulieferer geprägt. Diese produzieren technologisch hochwertige Komponenten und Baugruppen, während nur noch vereinzelte Unternehmen vollständige militärische Systeme herstellen. Bei wichtigen Hauptsystemen ist die Schweiz somit auf ausländische Hersteller angewiesen.

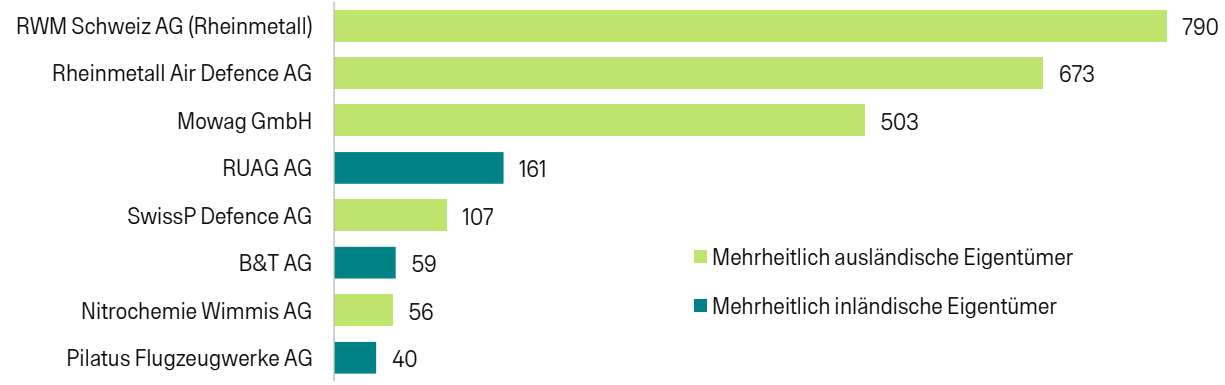
Abb. 4: Exportierte Kriegsmaterialgüter 2025
Nach Kategorie gemäss Anhang 1 KMV, gerundet



Quelle: SECO (2026a)

Diese Struktur ist zunehmend unter Druck. Die geltenden Export- und Wiederausfuhrbeschränkungen haben das Vertrauen europäischer Abnehmer in die Lieferfähigkeit der Schweiz beeinträchtigt. Schweizer Unternehmen werden teilweise aus Beschaffungsvorhaben ausgeschlossen und einzelne Produktionsschritte wurden bereits ins Ausland verlagert. Aufgrund des begrenzten Heimmarkts können ausbleibende Auslandaufträge dazu führen, dass Produktionskapazitäten, Fachkräfte und technologisches Knowhow in der Schweiz nicht erhalten werden. Damit drohen nicht nur weitere industrielle Fähigkeiten verloren zu gehen; zugleich wächst die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten.

Abb. 5: Bewilligte Ausfuhren von Kriegsmaterial 2024
Gemäss Exportbewilligungen des SECO, in Millionen CHF



Quelle: Rüstungsreport.ch (2026)

[8] Friedli et al. (2024)

Sicherheitsrelevante Technologien aus der Ostschweiz

Zur verteidigungsrelevanten Industriebasis gehören nicht nur internationale Rüstungskonzerne. Auch Ostschweizer Industriebetriebe, deren Schwerpunkt in zivilen Märkten liegt, verfügen über Technologien und Produktionsfähigkeiten, die in sicherheits- und verteidigungsrelevanten Systemen eingesetzt werden. Zwei Beispiele zeigen, wie weit diese Lieferketten in die zivile Industrie hineinreichen.

HUBER+SUHNER AG, Herisau

Verbindungstechnik

HUBER+SUHNER entwickelt Lösungen zur Übertragung von Daten und Energie auf Basis von Hochfrequenz-, Glasfaser- und Niederfrequenztechnologien. Sie kommen unter anderem in Kommunikationsnetzen und Rechenzentren, im Bahnverkehr, in industriellen Anlagen sowie in der Elektromobilität zum Einsatz. Seit über 50 Jahren beliefert das Unternehmen zudem die Luft- und Raumfahrt- sowie Wehrtechnikbranche mit robusten Verbindungslösungen für militärische Fahrzeuge sowie Radar- und Kommunikationssysteme zu Land, zu Wasser und in der Luft.

Knoepfel AG, Walzenhausen

Präzisionsfertigung

Die Knoepfel AG fertigt hochpräzise und komplexe Metallteile und Baugruppen für unterschiedliche Hightech-Anwendungen. Das Leistungsspektrum reicht von der Rohteilproduktion über die mechanische Präzisionsfertigung bis zur Wärme- und Oberflächenbehandlung. Zu den Kunden zählen Hersteller aus dem Maschinenbau, der Verfahrenstechnik und der Energietechnik ebenso wie aus der Luft- und Raumfahrt, etwa für Getriebegehäuse, Rotormasten oder Hydraulikbauteile. Neben Schlüsselkomponenten für die zivile Luftfahrt fertigt das Unternehmen auch Bauteile für militärische Luftfahrzeuge.

Wettbewerbsfähigkeit braucht offene Märkte

Industrielle Fähigkeiten lassen sich nicht auf Vorrat erhalten. Sie bestehen nur, wenn Unternehmen Technologien laufend weiterentwickeln, spezialisierte Fachkräfte beschäftigen und ihre Produktionskapazitäten wirtschaftlich auslasten können. Für Anbieter in einem kleinen Heimmarkt setzt dies den Zugang zu internationalen Kunden und Kooperationsprojekten voraus. Entsprechende Rahmenbedingungen sind deshalb entscheidend dafür, ob solche Fähigkeiten langfristig in der Schweiz erhalten bleiben.

Änderung des Kriegsmaterialgesetzes

Die heute geltenden Bewilligungskriterien für Kriegsmaterialexporte wurden 2021 noch vor dem Krieg in der Ukraine verschärft. Sie entstanden als indirekter Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative, welche strengere Regeln für die Ausfuhr von Kriegsmaterial verlangte. Die Initiative wurde daraufhin zurückgezogen; die Gesetzesänderung trat am 1. Mai 2022 in Kraft.[9] Das Kriegsmaterialgesetz verpflichtet Abnehmerstaaten von Schweizer Kriegsmaterial grundsätzlich zu einer Nichtwiederausfuhr-Erklärung. Sie dürfen das Material somit nicht ohne Zustimmung der Schweiz an Dritte weitergeben. Ausfuhren in Staaten, die in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind oder die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Diese Regelungen führten in den vergangenen Jahren zunehmend zu Spannungen mit europäischen Partnern. 2022 verweigerte die Schweiz Deutschland die Weitergabe von Schweizer Gepard-Munition an die Ukraine. In der Folge zogen einzelne europäische Staaten Konsequenzen bei ihren Beschaffungen. Vor diesem Hintergrund verabschiedete das Parlament im Dezember 2025 eine Revision des Kriegsmaterialgesetzes. Da eine Allianz aus linken Parteien und NGOs dagegen das Referendum ergriff, wird am 29. November 2026 über die Änderung abgestimmt.[10]

Die Revision sieht vor, dass

- Staaten gemäss Anhang 2 der Kriegsmaterialverordnung unter bestimmten Voraussetzungen auch dann beliefert werden können, wenn sie in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind
- grundsätzlich auf Nichtwiederausfuhr-Erklärungen verzichtet wird; der Bundesrat kann sie aus aussen-, neutralitäts- oder sicherheitspolitischen Gründen aber weiterhin verlangen
- der Bundesrat bei ausserordentlichen Umständen und zur Wahrung der aussen- oder sicherheitspolitischen Interessen von den ordentlichen Bewilligungskriterien abweichen kann

Beurteilung der IHK

Die IHK unterstützt die Änderung des Kriegsmaterialgesetzes. Die veränderte Bedrohungslage verlangt, dass die Schweiz ihre eigenen Verteidigungsfähigkeiten stärkt. Dafür braucht sie neben internationaler Kooperation auch eine leistungsfähige industrielle Basis.

Die geltenden Export- und Wiederausfuhrregeln haben das Vertrauen in die Lieferfähigkeit der Schweiz beeinträchtigt; es besteht das Risiko, dass Schweizer Anbieter deshalb teilweise bei Beschaffungen nicht mehr berücksichtigt werden. Aufgrund des kleinen Heimmarkts ist die Industrie aber auf internationale Kunden und Kooperationsprojekte angewiesen. Bleiben entsprechende Aufträge aus, drohen Produktionskapazitäten, Fachkräfte und technologisches Know-how schrittweise verloren zu gehen.

Die Revision schafft mehr Handlungsspielraum, ohne die Exportkontrolle aufzugeben. Ausfuhren bleiben bewilligungspflichtig und werden im Einzelfall geprüft. Die Ausnahme für Staaten, die in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, gilt nur für Partnerstaaten nach Anhang 2. Das Verbot von Lieferungen an Staaten, welche die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen, bleibt grundsätzlich bestehen.

[9] Bundesrat (2022)
[10] Bundeskanzlei (2026a)

Neue Bedrohungslage

Die Schweiz ist heute mit einer breiteren und komplexeren Palette an Bedrohungen konfrontiert. Auseinandersetzungen werden vermehrt mit Cyberangriffen, Spionage, Sabotage, Desinformation oder wirtschaftlichem Druck ausgetragen. Als grösste Bedrohung für Sicherheit, Stabilität und Frieden in Europa gilt gemäss dem Nachrichtendienst des Bundes weiterhin Russland, dessen hybride Konfliktführung sich intensiviert hat. Kritische Infrastruktur in der Schweiz könnte dabei ins Visier geraten, nicht zwingend, um der Schweiz selbst zu schaden, sondern um über die Schweiz EU- oder Nato-Staaten zu treffen.

Auch die militärische Bedrohungseinschätzung hat sich verändert. Ein direkter, umfassender Angriff auf die Schweiz gilt weiterhin als unwahrscheinlich. Hybride Aktionen sowie Angriffe aus der Distanz, etwa durch Drohnen, Marschflugkörper oder ballistische Lenkwaffen, gelten dagegen als wahrscheinlichere Bedrohungen. Solche Angriffe könnten innerhalb kurzer Zeit militärische wie zivile Infrastruktur erreichen. Dabei bestehen in der Schweiz grundlegende Fähigkeitslücken, insbesondere bei der Abwehr von Bedrohungen aus der Luft sowie beim Schutz kritischer Infrastruktur gegen hybride Angriffe.[11]

Bedrohung	Einschätzung	Bedeutung für Wirtschaftsstandort
Hybride Konfliktführung *Sammelbegriff für Aktivitäten unterhalb der Kriegsschwelle*	Grösste und akuteste Bedrohung: Nimmt an Aggressivität zu	Angriffe sind selten eindeutig zuzuordnen; Unternehmen können betroffen sein, ohne dass die Schweiz Konfliktpartei ist
Spionage *staatliche Akteure, v. a. Russland und China*	Hohes Risiko	Betroffen sind Forschung, Spitzentechnologie und Unternehmen mit sensiblem Know-how
Cyberbedrohungen *staatliche und kriminelle Akteure*	Dauerhaft; Schweiz ist Ziel und Plattform zugleich	Betriebsunterbrüche, Datenabfluss, Erpressung; auch Schweizer Serverkapazität wird für Angriffe im Ausland missbraucht
Proliferation und Sanktionsumgehung *verdeckte Beschaffung über Drittstaaten*	Zunehmendes Risiko; Schweiz stark betroffen	Russland beschafft Güter und Technologien über Drittstaaten für seine Rüstungsproduktion
Sabotage kritischer Infrastruktur	In der Schweiz bisher keine Fälle; Risiko besteht über die europäische Verflechtung	Ausfälle bei Energie, Verkehr oder Kommunikation träfen Lieferketten unmittelbar
Beeinflussung und Desinformation	Zunehmendes Risiko	Zielt auf das Vertrauen in Institutionen und die politische Stabilität
Angriffe aus der Distanz *Drohnen, Marschflugkörper, Lenkwaffen*	Auf tiefem Niveau zunehmendes Risiko	Weitreichende Waffen können kritische und industrielle Infrastruktur in kurzer Zeit erreichen; bei der Luftabwehr bestehen Fähigkeitslücken
Direkter militärischer Angriff auf die Schweiz	Unwahrscheinlich	Bleibt der Referenzfall für die Verteidigungsplanung, nicht für die betriebliche Risikovorsorge

Diese Entwicklung erhöht die Bedeutung internationaler Kooperation. Moderne Bedrohungen wirken zunehmend grenzüberschreitend: Cyberangriffe erfolgen häufig über Server in mehreren Ländern, Sabotage kann grenzüberschreitende Versorgungsnetze treffen und weitreichende Waffensysteme überwinden grosse Distanzen in kurzer Zeit. Der Austausch sicherheitsrelevanter Informationen sowie die Zusammenarbeit bei der Cyberabwehr und beim Schutz kritischer Infrastrukturen tragen dazu bei, bestehende Fähigkeitslücken zu schliessen. Internationale Zusammenarbeit gilt entsprechend nicht als Ersatz, sondern als grundlegende Voraussetzung einer wirksamen Verteidigungsfähigkeit.

[11] Nachrichtendienst des Bundes NDB (2026)

Sicherheit durch Kooperation

Die Schweiz ist in kein Verteidigungsbündnis eingebunden, arbeitet sicherheitspolitisch aber seit Jahrzehnten eng mit internationalen Partnern zusammen. Um Fähigkeitslücken zu schliessen, Wissen und Erfahrungen auszutauschen und somit die eigene Verteidigungsfähigkeit zu stärken, arbeitet die Armee mit ausländischen Streitkräften und internationalen Organisationen in diversen Bereichen zusammen.[12]

Seit 1996 besteht mit der Nato eine Zusammenarbeit im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden. Die Kooperation umfasst unter anderem Ausbildung, Übungen, Krisenmanagement und die Entwicklung gemeinsamer militärischer Standards, etwa beim Helikoptertraining mit der US Army in Payerne oder der 2025 genehmigten Teilnahme an der NSPA Patriot Support Partnership.[13] Mit dem im Dezember 2025 vereinbarten «Individually Tailored Partnership Programme» wurden die gemeinsamen Ziele weiter konkretisiert, unter anderem in den Bereichen Weltraum, Resilienz und Rüstungskontrolle. [14]

Im Oktober 2024 ist die Schweiz der European Sky Shield Initiative beigetreten, einem Verbund zur gemeinsamen Beschaffung und Koordination bodengestützter Luftabwehr. Hinzu kommen bilaterale Luftpolizeiabkommen mit Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich sowie der direkte Austausch von Luftlagedaten mit dem Nato-Hauptquartier SHAPE.[15]

Auch mit der EU wurde die sicherheitspolitische Zusammenarbeit ausgebaut. Die Schweiz beteiligt sich an zivilen und militärischen Friedensförderungsmissionen und arbeitet mit der Europäischen Verteidigungsagentur insbesondere in Forschung, Technologie und Ausbildung zusammen. Seit 2025 nimmt sie zudem als Drittstaat an ausgewählten PESCO-Projekten teil, der Permanenten Strukturierten Zusammenarbeit der EU, in deren Rahmen europäische Staaten bei militärischen Fähigkeiten und gemeinsamen Verteidigungsprojekten enger kooperieren.[16]

1996 – Partnerschaft für den Frieden
Beitritt zum NATO-Programm Partnership for Peace (PfP)

2012 – Rahmenabkommen mit der EVA
Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur

2014 – OSZE-Vorsitz der Schweiz
Vorsitzjahr der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

2023 – Erstes ITPP mit der NATO
Individuell zugeschnittenes Partnerschaftsprogramm

2024 – Beitritt Sky Shield Initiative
European Sky Shield Initiative zur Luftverteidigung

2025 – Neues ITPP 2025-2028
Verlängertes Partnerschaftsprogramm sowie Rahmenabkommen mit PESCO

[12] Schweizer Armee (2026)
[13] Schweizer Armee (2024)
[14] armasuisse (2025b)
[15] VBS (2026b)
[16] EDA (2026)

Neutralitätsinitiative

Am 27. September 2026 stimmt die Schweiz über die Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität» ab. Sie will die immerwährende und bewaffnete Neutralität detaillierter in der Bundesverfassung festschreiben. Ein Beitritt zu Militär- oder Verteidigungsbündnissen wäre ausgeschlossen; die Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen wäre grundsätzlich nur noch bei einem direkten oder unmittelbar drohenden Angriff auf die Schweiz zulässig. Zudem dürfte sich die Schweiz nicht an militärischen Konflikten zwischen Drittstaaten beteiligen.

Auch bei Sanktionen würde die Initiative neue Vorgaben schaffen: Gegen kriegführende Staaten dürfte die Schweiz grundsätzlich nur noch Sanktionen übernehmen, die von der UNO beschlossen wurden. Massnahmen gegen die Umgehung ausländischer Sanktionen blieben möglich. Gleichzeitig soll die Schweiz ihre Neutralität für ihre Rolle als Vermittlerin nutzen.[17]

Beurteilung der IHK

Die IHK lehnt die Neutralitätsinitiative ab. Sie würde den sicherheits- und aussenpolitischen Handlungsspielraum der Schweiz gerade in einem zunehmend unsicheren Umfeld einschränken. Drei Gründe sind dabei ausschlaggebend:

- **Neutralität muss der Sicherheit dienen**
  Die Initiative würde bereits heute verbindlich in der Verfassung festlegen, wie die Schweiz auf zukünftige Konflikte zu reagieren hat. Damit würde die Neutralität stärker zum Selbstzweck. Aus Sicht der IHK muss sie vielmehr ein Instrument bleiben, das der Sicherheit und den Interessen der Schweiz dient und genügend Handlungsspielraum für veränderte Bedrohungslagen lässt.

- **Sicherheit braucht Kooperation**
  Viele heutige Bedrohungen sind grenzüberschreitend und lassen sich nicht allein bewältigen. Die Initiative würde die Zusammenarbeit mit Militär- und Verteidigungsbündnissen grundsätzlich verbieten und erst zulassen, wenn die Schweiz militärisch angegriffen wird oder Vorbereitungen für einen solchen Angriff festgestellt werden. Damit wäre gerade jene vorsorgliche Kooperation ausgeschlossen, die zum Aufbau und Erhalt der eigenen Verteidigungsfähigkeit beiträgt.

- **Eine regelbasierte Ordnung liegt im Interesse der Schweiz**
  Als kleine, offene und international stark vernetzte Volkswirtschaft ist die Schweiz in besonderem Mass darauf angewiesen, dass Grenzen, Verträge und Völkerrecht respektiert werden. Bei schweren Verletzungen dieser Ordnung muss sie selbst entscheiden können, wie sie darauf reagiert. Genau diesen Spielraum würde die Initiative einschränken: Gegen kriegführende Staaten könnte die Schweiz nur noch UNO-Sanktionen übernehmen. Im Fall Russlands wären solche Sanktionen faktisch ausgeschlossen, weil Russland im UNO-Sicherheitsrat über ein Vetorecht verfügt.

[17] Bundeskanzlei (2026b)

Interview mit René Rhinow

René Rhinow ist emeritierter Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Alt-Ständerat und ehemaliger Präsident des Schweizerischen Roten Kreuzes

Herr Rhinow, wie wichtig ist die Neutralität für die Schweizer Sicherheit?
Neutralität kann zur Sicherheit beitragen, sie ist aber keine Sicherheitsgarantie. Ihre Schutzwirkung beruhte nie allein auf dem Verhalten der Schweiz, sondern auf einem Dreiecksverhältnis: Die Schweiz hält sich aus einem Konflikt heraus, während die Kriegsparteien ihrerseits ein Interesse daran haben müssen, die Neutralität und das Schweizer Territorium zu respektieren. Fehlt dieses Interesse, verliert die Neutralität ihre Schutzwirkung. Die Geschichte kennt dafür zahlreiche Beispiele. Sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg wurden neutrale Staaten wie Belgien, Dänemark oder Norwegen überfallen. Der Sicherheitswert der Neutralität muss deshalb immer im jeweiligen geopolitischen Umfeld beurteilt werden.

Wie fällt diese Beurteilung angesichts der heutigen Lage in Europa aus?
Die Neutralität hat ihren ursprünglichen Zweck weitgehend verloren. Ihr Schutzgewinn bestand darin, dass Kriegführende sich verpflichteten, den Neutralen nicht anzugreifen. Seit dem Briand-Kellogg-Pakt und der UNO-Charta ist ein Angriff auf alle Staaten verboten, ob neutral oder nicht – der rechtliche Sonderstatus ist verschwunden. Und politisch erwarten unsere Nachbarn heute das Gegenteil dessen, wofür die Neutralität einst geschätzt wurde: Mit Ausnahme Österreichs stehen sie ihr kritisch gegenüber, seit dem Angriff auf die Ukraine erwarten sie Engagement und Solidarität. Was einmal Schutz brachte, ist heute vor allem eine Verpflichtung ohne Gegenleistung.

Welchen Handlungsspielraum lässt die Neutralität der Schweiz heute?
Der eigentliche rechtliche Kern der Neutralität ist kleiner als oft angenommen. Das Neutralitätsrecht wurde 1907 in den Haager Abkommen verankert und war auf den klassischen Konflikt zwischen zwei Staaten ausgelegt, in einer Zeit, als Krieg noch als legitimes Mittel der Politik galt. Damals waren beide Kriegsparteien rechtlich gleichgestellt. Heute unterscheidet die UNO-Charta zwischen Aggressor und Opfer. Wie sich diese Ordnung zum Recht von 1907 verhält, ist nicht abschliessend geklärt. Nach meiner festen Überzeugung geht die UNO-Charta vor. Die Schweiz hält dennoch besonders stark an einer auf dem veralteten Haager Abkommen beruhenden Neutralität fest. Damit geht sie weiter, als es das Völkerrecht verlangt.

Wo schränkt sich die Schweiz neutralitätspolitisch stärker ein als nötig?
Etwa beim Kriegsmaterial. Weder ein generelles Wiederausfuhrverbot noch eine Bewilligungspflicht dafür wird vom Neutralitätsrecht verlangt – das ist hausgemachtes Schweizer Recht. Ähnlich bei den Sanktionen: Wirtschaftliche Zwangsmassnahmen waren 1907 kein politisches Instrument, das Abkommen regelt sie gar nicht. Trotzdem wird bei uns jede Sanktionsfrage zuerst durch die Neutralitätsbrille betrachtet, obwohl sie eine rein politische Entscheidung ist. Wer mit einem Staat, der das Völkerrecht offen bricht, den Handel unverändert weiterführt, schwächt jene internationale Ordnung, von der die Schweiz besonders profitiert. Das ist nicht Neutralität, sondern Gleichgültigkeit.

Wie sollte die Schweiz ihre Neutralität Ihrer Meinung nach ausgestalten?
Ich schlage vor, den Schwerpunkt zu verlagern. Woran erkennt das Ausland die Schweiz? An einem Abkommen von 1907 sicher nicht. Sondern daran, dass wir keine Kriege beginnen, uns an Verträge halten und humanitär wie solidarisch engagiert sind. Genau dort liegt die Zukunft, in der «Friedensneutralität». Friedensförderung, humanitäre Hilfe und die Pflege des humanitären Völkerrechts liefen bisher nebenher, während sich die Debatte an militärischen Detailfragen festbiss. Die Möglichkeit, sich aus einem Krieg herauszuhalten, bleibt bestehen, aber als eigene Entscheidung, nicht als Automatismus aus einem alten Abkommen. Neutralität wäre dann kein Selbstzweck, sondern ein Instrument im Dienst unserer Sicherheit.

Fazit

Sicherheit braucht industrielle Stärke

Die Grenzen zwischen Sicherheits- und Wirtschaftspolitik verschwimmen zunehmend. Moderne militärische Systeme bestehen längst nicht mehr nur aus klassischen Rüstungsgütern, sondern aus einer Vielzahl hochspezialisierter Komponenten - etwa Sensorik, Optik, Elektronik, Präzisionstechnik, Software oder Kommunikationstechnologie. Damit reichen sicherheitspolitische Export- und Kooperationsfragen weit über klassische Rüstungsunternehmen hinaus und betreffen einen breiteren Teil der industriellen und technologischen Basis der Schweiz.

Für ein kleines Land ist diese industrielle Basis auf internationale Märkte, Lieferketten und Kooperationen angewiesen. Gehen Absatzmöglichkeiten oder der Zugang zu gemeinsamen Entwicklungs- und Beschaffungsprojekten verloren, geraten nicht nur einzelne Unternehmen unter Druck. Mit ihnen können über Jahre aufgebautes Know-how, spezialisierte Arbeitskräfte und Produktionskapazitäten verschwinden. Einmal verlorene Fähigkeiten lassen sich nur schwer und zu hohen Kosten wieder aufbauen. Gleichzeitig wächst die Abhängigkeit von ausländischen Anbietern.

Damit erhält auch die Ausgestaltung der Neutralität eine wirtschaftliche und industrielle Dimension. Die Schweiz setzt sich in einzelnen Bereichen engere Grenzen, als das Neutralitätsrecht selbst verlangt. Werden diese Spielräume dauerhaft nicht genutzt und entstehen Zweifel an der Verlässlichkeit der Schweiz als Partnerin, kann dies gerade jene industrielle Basis schwächen, auf die eine eigenständige Verteidigungsfähigkeit angewiesen ist. Eine Neutralitätspolitik, die Distanz zu sicherheitspolitischen Partnern zum Prinzip erhebt, kann damit paradoxerweise die Abhängigkeit vom Ausland erhöhen, statt die eigene Handlungsfreiheit zu stärken.

Die Schweiz steht deshalb vor der Aufgabe, ihre sicherheits-, wirtschafts- und industriepolitischen Rahmenbedingungen an ein grundlegend verändertes Umfeld anzupassen. Die Neutralität bildet dabei weiterhin einen entscheidenden Rahmen. Sie ist jedoch kein Selbstzweck. Sie muss der Sicherheit und Handlungsfähigkeit der Schweiz dienen. Sie sollte deshalb so ausgestaltet werden, dass internationale Kooperation, der Zugang zu strategischen Technologien und der Erhalt eigener industrieller Fähigkeiten möglich bleiben.

Die Position der IHK zu den sicherheitspolitischen Abstimmungen im Herbst 2026

In Anbetracht der grossen Bedeutung der sicherheitspolitischen Vorlagen im Herbst 2026 für den Wirtschafts- und Innovationsstandort Schweiz hat die IHK St.Gallen-Appenzell folgende Parolen gefasst:

— **Nein** zur Neutralitätsinitiative am 27. September 2026

— **Ja** zur Änderung des KMG am 29. November 2026

Literatur

Markus Bänziger
Direktor

Lukas Oetiker
Studentischer Mitarbeiter

Literaturverzeichnis

- armasuisse (2025a). Rüstungspolitische Strategie des Bundesrates. Bundesamt für Rüstung armasuisse, 20. Juni 2025. ar.admin.ch
- armasuisse (2025b). Bundesrat genehmigt die Teilnahme der Schweiz an der NSPA PATRIOT Support Partnership. Bundesamt für Rüstung armasuisse. ar.admin.ch
- Bundeskanzlei (2026a). Abstimmungsvorlagen für den 29. November 2026. Schweizerische Bundeskanzlei. admin.ch
- Bundeskanzlei (2026b). Neutralitätsinitiative. Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)». Schweizerische Bundeskanzlei. admin.ch
- Bundesrat (2022). Gegenvorschlag zur «Korrektur-Initiative» wird auf 1. Mai in Kraft gesetzt. Medienmitteilung vom 30. März 2022. wbf.admin.ch
- Bundesrat (2026). Exportkontrollerleichterungen neu für alle EU- und EFTA-Staaten. Medienmitteilung vom 27. Mai 2026. seco.admin.ch
- Caldara, D. & Iacoviello, M. (2022). Measuring Geopolitical Risk. American Economic Review, 112(4), 1194–1225. matteoiacoviello.com
- EDA (2026). Sicherheits- und Verteidigungskooperation Schweiz–EU. Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), 31. März 2026. eda.admin.ch
- European Defence Agency (2026). Defence Data 2025–2026. European Defence Agency (EDA). eda.europa.eu
- Friedli, T., Schalm, K. & Zacharias, L. (2024). Die verteidigungskritische industrielle Basis in der Schweiz. Institut für Technologiemanagement der Universität St.Gallen, im Auftrag und finanziert durch armasuisse. ar.admin.ch
- Nachrichtendienst des Bundes NDB (2026). Sicherheit Schweiz 2026. Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes. admin.ch
- NATO (2025). The Hague Summit Declaration. North Atlantic Treaty Organization, 25. Juni 2025. nato.int
- Rhinow, R. (2025). Plädoyer für eine offene Schweiz

Literatur

— Rüstungsreport.ch (2026). Bewilligte Kriegsmaterialexporte nach Unternehmen. Daten auf Grundlage von SECO-Angaben. ruestungsreport.ch
— Schweizer Armee (2024). Schweizer Luftwaffe trainiert mit Helikoptereinheiten der U.S. Army in Payerne. Gruppe Verteidigung. vtg.admin.ch
— Schweizer Armee (2026). Die internationale Kooperation der Schweizer Armee. Gruppe Verteidigung. vtg.admin.ch
— SECO (2026a). Ausfuhr von Kriegsmaterial im Jahr 2025. Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), 10. März 2026. seco.admin.ch
— SEPOS (2025). Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026. Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (SEPOS). sepos.admin.ch
— SIPRI (2026). SIPRI Military Expenditure Database. Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). sipri.org
— VBS (2026a). Finanzierung der Armee. Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). vbs.admin.ch
— VBS (2026b). Frühzeitige Informationen vor Bedrohungen: Bundesrat will den Austausch von Luftlagedaten mit Partnern stärken. Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). vbs.admin.ch